

II- 543 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Zl. 10.000/6-Parl/76

Wien, am 7. April 1976

187 AB

1976 -04- 23

zu 173 J

An die
ParlamentsdirektionParlament
1017 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 173/J-NR/76, betreffend Erfahrungen mit dem Schulunterrichtsgesetz, die die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. HÖCHTL und Genossen vom 25. Februar 1976 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Die Probleme, die bei der Anwendung des Schulunterrichtsgesetzes entstanden sind, wurden in Beratungen mit Lehrervertretern, im Elternbeirat und Schülerbeirat behandelt. Darüber hinaus werden die im Bundesministerium für Unterricht und Kunst einlangenden Abänderungswünsche und -vorschläge gesammelt und eingehend geprüft. Zwei mehrtägige Beratungen mit den Amtsdirektoren der Landesschulräte sowie die Tagungen der Landesschulinspektoren befassen sich mit Fragen und Problemen des Schulunterrichtsgesetzes. Schließlich erfolgten seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst Erhebungen hinsichtlich der Auswirkungen der neuen Vorschriften über die Leistungsbeurteilung und das Aufsteigen der Schüler sowie über die Tätigkeit der Schulgemeinschaftsausschüsse.

- 2 -

ad 2)

Vor allem zeigt sich die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verfahrensvorschriften, wobei jedoch festzustellen ist, daß auch bereits auf Grund des geltenden Rechtes Vereinfachungen möglich und die Schwierigkeiten bloß bei der erstmaligen Anwendung aufgetreten sind. Bezüglich der Leistungsfeststellung sowie des Aufsteigens und Wiederholens von Schulstufen hat die Erhebung gezeigt, daß durch die neuen Vorschriften eine bessere Förderung der Schüler eingetreten ist und die Anzahl der Schüler, die Schulstufen wiederholen mußten, zurückgegangen ist. Die genaue Auswertung ist noch im Gange. Hinsichtlich der Schülervertretung ergeben sich bei den Berufsschulen und Polytechnischen Lehrgängen im Hinblick auf deren besondere Struktur Schwierigkeiten. Die Schwerpunkte der Probleme beim Schulgemeinschaftsausschuß sind die Umschreibung der Schülermitwirkungsrechte und die geringe Elternbeteiligung vor allem beim Polytechnischen Lehrgang.

ad 3)

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst prüft die Kritik an einzelnen Teilen des Schulunterrichtsgesetzes und der Verordnungen zu diesem Gesetz sehr eingehend, um zwei Arten von Maßnahmen setzen zu können:

- a) soweit die Schwierigkeiten dadurch aufgetreten sind, daß noch zu wenig Erfahrung mit dem neuen Gesetz bestand, muß eine verstärkte Beratung einsetzen (bei einem derart umfangreichen Gesetzeswerk ist es anfänglich nicht möglich, in allen Bereichen eine gezielte Information durchzuführen; dies ist erst nach Sammlung entsprechender Erfahrungen möglich);

- 3 -

- b) wo die Schwierigkeiten im Gesetze selbst liegen, wird dieses (bzw. die Verordnungen) zu novellieren sein. Hiebei sind jedoch die bildungspolitischen Zielsetzungen des Schulunterrichtsgesetzes zu beachten.

ad 4)

Ja

ad 5)

Das wird nach Abschluß der Vorarbeiten für die Novelle zu entscheiden sein.

ad 6)

Obwohl bereits umfangreiche Stellungnahmen und Erhebungen zum Schulunterrichtsgesetz vorliegen, haben noch weitere Institutionen (wie z. B. die Bundessektion Pflichtschullehrer der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten) Erfahrungsberichte in Aussicht gestellt. Darüber hinaus sind noch die Erfahrungen während des laufenden Schuljahres, insbesondere zum Ende dieses Unterrichtsjahres, abzuwarten, da das erste Jahr der Anwendung eines derart umfangreichen Gesetzes noch kein gesichertes Ergebnis bringt. Unbeschadet dessen werden die Vorarbeiten für eine Novellierung des Schulunterrichtsgesetzes bereits durchgeführt. Diese Vorbereitungsarbeiten zielen darauf hin, im Herbst dieses Jahres mit den legislatischen Arbeiten für den Entwurf einer Novelle zum Schulunterrichtsgesetz beginnen zu können und ehestmöglich das Begutachtungsverfahren einzuleiten.

